

# «Nichts als politische Zwängerei»

*FDP-Stadtrat Andres Türler sieht die Zukunft des Rosengartentrams gefährdet*



*Wohin mit den Autos, wenn dereinst das Rosengartentram fährt?*

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

FDP-Stadtrat Andres Türler, der auf Nachhaltigkeit bedachte Vor-

steher der Industriellen Betriebe, ärgert sich über die links-grüne Gemeinderatsmehrheit in Zürich. Er wirft ihr vor, aus ideologischen Gründen das Rosengartentram zu gefährden.

*Herr Türler, heute muss Ihre grüne Stadtratskollegin Ruth Genner die Pläne des Stadtrats für ein Rosengartentram gegen die Ideen der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat verteidigen. Werden Sie sie unterstützen?*

Das würde man mir wohl als Einmischung auslegen. Die Kompetenz für das Geschäft zur Initiative Rosengartentram liegt beim Tiefbau- und Entsorgungsdepartement. Ich werde mich noch mit Kollegin Genner absprechen.

«Es geht nicht um grün, es geht um Nachhaltigkeit, und Nachhaltigkeit hat keine Parteifarbe.»

*Die Haltung der Gemeinderatsmehrheit dürfte Sie aber nicht kalt lassen. Ohne Lösungen für den Autoverkehr ist der Bau eines Trams auf der Rosengartenstrasse nur möglich, wenn zwei der vier Spuren für das Trasse geopfert werden. Die Kommissionsmehrheit verlangt aber genau dies. Der Waidhaldentunnel wird explizit ausgeschlossen.*

In der zuständigen Kommission habe ich natürlich mein Möglichstes getan, um diese Variante zu verhindern. Ich bezweifle, dass es mir im Gemeinderat gelingen wird, doch noch ein Umdenken herbeizuführen.

*Der Stadtrat hat einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative Rosengartentram ausgearbeitet, in dem er für die vom Tram verdrängten Autospuren Ersatz schaffen will. Was passiert, wenn der Gegenvorschlag des Stadtrats dem Gegenvorschlag der Kommission unterliegt?*

Dann ist der Gegenvorschlag des Stadtrats vom Tisch. Zur Abstimmung gelangen in diesem Fall die Initiative Rosen-

gartentram und der Gegenvorschlag des Gemeinderates. Die Stimmberechtigten könnten sich also gar nicht über Ersatzmassnahmen für den Autoverkehr aussprechen. Die Gelegenheit zur Zusammenarbeit von Stadt und Kanton und zum Beieinander von öffentlichem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr wie beim Tram Zürich-West ist damit verbaut.

*Laut Strassengesetz kann der Kanton in den Städten Zürich und Winterthur jederzeit Strassen erstellen, die im kantonalen Verkehrsplan eingetragen sind, wenn er dies für notwendig erachtet und die Standortgemeinden die Verwirklichung ablehnen. Droht eine Entmachtung der Stadt?*

Die Planungshoheit liegt so oder so beim Kanton. Wenn die Stadt Erfolg haben will, muss sie jeden Schritt gemeinsam mit dem Kanton machen. Wenn die Volksinitiative oder der Gegenvorschlag des Gemeinderates durchkommt, kann der Kanton unsere Planung im besten Fall als interessanten Vorschlag zur Kenntnis nehmen. Im schlechtesten Fall sind die Vorschläge für den Papierkorb produziert worden.

*Würde der Regierungsrat bei einem Ja der Stimmberechtigten auf Ersatzmassnahmen für den motorisierten Individualverkehr bestehen?*

Wie der Regierungsrat auf die Abstimmung reagiert, kann ich natürlich nicht beantworten. Das Problem des motorisierten Individualverkehrs muss aber gelöst werden: ob mit oder ohne Waidhaldentunnel. Auf der Rosengartenstrasse verkehren heute bis zu 75 000 Fahrzeuge täglich, 80 Prozent sind auf Ziel- und Quellverkehr zurückzuführen. Weder die Stadt noch der Kanton kann zulassen, dass der Autoverkehr wegen der Spurreduktion einfach in die Quartiere gedrückt wird.

*Und wenn das Volk Nein sagt?*

Auch diese Möglichkeit birgt Gefahren für das Projekt. Sagen die Stimmberech-

tigten Nein, weil eine Lösung für die Strasse fehlt, könnte dies der Regierungsrat als Nein zum Tram interpretieren und andere ÖV-Projekte im Kanton vorziehen. Mit der Forderung, auf Ersatzmassnahmen für den Autoverkehr zu verzichten, versucht man Fakten für den motorisierten Individualverkehr zu schaffen, und da macht der Kanton mit Sicherheit nicht mit.

*Grundsätzlich steht der Kanton doch hinter dem Rosengartentram?*

In der Tramnetzstudie 2025 ist die Variante Rosengartentram bereits enthalten. Regierungsrat, Kantonsrat und Verkehrsverbund stehen hinter dem Projekt. Es ist politisch gut verankert, und man hätte die Sache einfach laufen lassen können. Der Gegenvorschlag des Gemeinderates ist nicht sachorientiert und nichts als politische Zwängerei.

*Einen Tramtunnel statt eines Autotunnels zu bauen, wäre keine Alternative?*

Diese Frage müssten Sie Ruth Genner stellen. Meines Wissens wäre dies aber viel zu teuer.

*Ausgerechnet Ihnen werden die Grünen und die Grünliberalen zunehmend zum Verhängnis. Erst kürzlich setzten diese gegen Ihren Willen durch, dass künftig auch der Strom kleiner Photovoltaikanlagen in die Solarstrombörse des EWZ eingespeist werden soll, was die Preise der Solarstrombörse gefährdet. Sehen Sie darin ein schlechtes Vorzeichen?*

Die Solarstrombörse ist ein Erfolgsmodell, weil sie den Markt spielen lässt und Innovation fördert. Den Strom kleiner Anlagen einzuspeisen, würde die eben gesenkten Preise für Solarstrom wieder ansteigen lassen. Nur weil mir die Stossrichtung der Motion nicht gefällt, sehe ich darin aber noch kein schlechtes Vorzeichen.

*Die Motion stammt von der ehemaligen SP-Gemeinderätin und heutigen Stadtpräsidentin Corine Mauch. Wollen Sie Ihr Erfolgsmodell Solarstrombörse ret-*

*ten, müssen Sie die Motionärin und mit ihr die links-grüne Stadtratsmehrheit überzeugen.*

Wir lassen uns sicher eine gute Lösung einfallen. Vielleicht siegt ja die Einsicht, vielleicht gibt es aber auch neue Wege.

*Trotzdem: Droht nicht die Gefahr, dass grüne Projekte aus Ihrem Departement verhindert werden, nur weil der Gemeinderat noch grüner sein will?*

Es geht nicht um grün, es geht um Nachhaltigkeit, und Nachhaltigkeit hat keine Parteifarbe. Lediglich die Umsetzung dieser Projekte ist eine Frage der Parteifarbe. Mir sind schon weit schwerwiegendere Motionen aufs Auge gedrückt worden, und bis jetzt haben wir immer vernünftige Lösungen gefunden. Wenn

«Das Projekt ist politisch gut verankert. Man hätte die Sache einfach laufen lassen können.»

der Stadtrat bis in vier Jahren keine Lösung gefunden hat, muss der Gemeinderat selber sehen, wie er die Forderung umsetzen will.

*Bis jetzt politisieren die neugewählten Grünliberalen im Gemeinderat weder sonderlich liberal noch sonderlich bürgerlich. Haben bürgerliche Positionen überhaupt noch eine Chance?*

Der Stadt geht es noch zu gut. Im Gemeinderat kann die Mehrheit Forderungen durchboxen, ohne dass sie die Verantwortung dafür tragen muss. Aber irgendwann kommt das nächste Sparpaket, und das Pendel schwingt zurück.

Interview: *cn./rsr.*



Andres Türler  
Zürcher Stadtrat